

Keine Entlassungen bei der Reichsbahn

Berlin, 19. Dezember.

Die Meldungen über eine zum 1. Februar 1931 bevorstehende Entlassung von 25 000 Arbeitern bei der Reichsbahn sind, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht zu treffend.

Wichtig ist, daß infolge des anhaltenden Verkehrsrückganges der Arbeitsanfall bei der Reichsbahn zurückgegangen ist. Es fehlt zur Zeit in der Bahnunterhaltung an Arbeit für 17 000 Arbeiter und in den Ausbesserungswerken an Arbeit für 8700 Arbeiter. Um eine Entlassung dieser Arbeiter zu vermeiden, hat die Hausverwaltung der Reichsbahn mit den Gewerkschaften Verhandlungen gepflogen mit dem Ziel, Feiertage einzulegen. Die Gewerkschaften haben den Abschluß eines solchen Feiertageabkommens abgelehnt und gefordert, daß im Betriebs- und Verkehrsdiens die Arbeitszeit der Betriebs- und Verkehrsarbeiter gekürzt würde.

Für die Reichsbahn ist dieser Vorschlag nicht durchführbar, weil auch im Betriebs- und Verkehrsdiens infolge des Verkehrsrückganges genau genommen eine Beschränkung der Arbeitszeit eintreten müßte.

Nachdem es der Reichsbahn nicht gelungen ist, zur Verminderung von Arbeiterentlassungen mit den Gewerkschaften generelle Vereinbarungen über Feiertage zu treffen, und nachdem auch ein von der Reichsbahn herbeigeführter Vermittlungsversuch des Reichsarbeitsministers erfolglos geblieben ist, wird die Reichsbahn die Entlassungen durch örtliche Feiertagevereinbarungen mit der Belegschaft selbst hin zuhalten versuchen.

Die Reichsbahn im November

Berlin, 19. Dezember.

Die sinkende Kaufkraft bei einem großen Teil der Bevölkerung, die bewußte Zurückhaltung im Bezug von Gütern in der Hoffnung auf Preisabbau, die durch jahreszeitliche Einflüsse bedingte Ruhe in vielen Außenbetrieben und der fortschreitende Wettbewerb des Lastkraftwagens trugen im November zu einer weiteren Verschlechterung der Verkehrsleistung im Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn bei. Der sonst beobachtete starke Herbstverkehr blieb aus. Infolge der anhaltend schlechten Wirtschaftslage ging der Personenverkehr im November weiter zurück.

Die Einnahmen betragen im Oktober insgesamt 405,311 (Sept. 387,88) Millionen Reichsmark. Die Ausgaben stellten sich im Oktober auf insgesamt 406,930 (619,13) Millionen Reichsmark. Im Oktober 1930 hielten sich die Verkehrseinnahmen auf der Höhe des Vormonats, die Verkehrsleistung war somit weiter ungünstig. Der Güterverkehr gestieg sich zwar etwas lebhafter und brachte eine entsprechende Steigerung der Einnahmen; die sonst üblichen Spitzenverkehrsleistungen wurden bei weitem nicht erreicht. In ganzen blieb das Monatsergebnis hinter dem des Oktober 1929 um 73,5 Millionen Reichsmark zurück, so daß sich die Einnahmehausfälle seit Beginn des Geschäftsjahres gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 630,4 Millionen Reichsmark erhöhen. — Auf der Ausgabenseite tonnen bei den Aufwendungen für die Betriebsrechnung infolge verschärfter Einschränkung auf dem Personal- und Sachgebiete gegenüber dem Vorjahr weitere 52,4 Millionen Reichsmark eingespart werden. Die Rechnung des Berichtmonats weist aber dennoch eine durch Einnahmen nicht gedeckte Mehrausgabe von rund 1,6 Millionen Reichsmark auf. Der Personalstand betrug im Oktober einschließlich der Zeit- und Hilfsarbeiter 676 341 Köpfe gegenüber 693 846 im September

Steegs Regierungserklärung

Der außenpolitische Kurs ändert sich nicht.

Paris, 18. Dezember.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Steeg wurde am Donnerstagnachmittag vom Ministerpräsidenten in der Kammer und durch den Justizminister Chéron im Senat verlesen.

In der Erklärung heißt es u. a.: Wir haben den Willen, den Fortschritt und die Verteidigung der Demokratie durch Arbeit und im Frieden zu gewährleisten. Das Land wendet sich gegen die Einmischung der Finanz in die Politik, denn dadurch würden die Unabhängigkeit des Staates, die Würde der Diener des Staates und das Prestige der Vertreter der Nationen beeinträchtigt. Die Regierung wird ohne Zaudern und nur in der Sorge um die parteiliche Gerechtigkeit eingreifen. Die Erinnerung an den tragischen Weltkrieg lebt noch schmerzhaft unter uns. Sie diktiert uns gegenüber den ehemaligen Frontkämpfern und den Kriegsoffizieren Pflichten, die wir nicht verabsäumen werden.

Der außenpolitische Friede entspricht den heißen Wünschen aller Franzosen. Aber alle wissen auch, daß es nicht genügt, den Frieden zu wünschen, damit er endgültig Einlaß findet. Interessen und Vorurteile bringen die Völker noch immer in Gegensatz zueinander. Eine organische internationale Aktion auf wirtschaftlichem und moralischem Gebiet, eine gemeinsame gleichzeitige Bemühung um Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung, können allein eines Tages alle Rachegefühle und Mißverständnisse beseitigen. Diese Politik europäischer Verständigung verfolgen wir nachdrücklich und mit Wachsamkeit, nicht aus Furcht oder Schwäche, sondern weil sie in ihrem menschlichen Idealismus, die realistische aller Art von Politik ist. Die Friedensaufsicht Frankreichs erscheint uns so deutlicher, als Frankreich den anderen Ländern eine starke, nicht aber eine schändliche Hand hinreckt. Der Landesverteidigung gilt unsere erste Sorge.

Frankreich, dem die Depression in der Welt lange erpart war, verspürt seit einigen Monaten ihre Wirkungen. Diese Krisis verlangt ein um so energischeres Aufstehen, als sie mit einer Steigerung der Preise und der Lebenshaltungskosten zusammenfällt. An den Versuchen zu gemeinschaftlicher Lösung der Weltwirtschaftsprobleme, die in Genf unternommen werden, wollen wir aktiv teilnehmen. Wir werden so handeln, daß wir den Weltmarkt fruchtigen, ohne der französischen Produktion die Auslandsmärkte zu verschließen.

Die Regierungserklärung widmet alsdann der Industrie, dem Handwerk, den Landarbeitern, der Landwirtschaft und dem Weinbau ermutigende Worte und betont, daß das neue Kabinett, vor allem auch die Auswertung und Förderung der Kolonien, sowie die Besserung der materiellen und moralischen Lebensbedingungen der kolonialen Bevölkerung sich zur Aufgabe macht. Die Regierungserklärung stellt wei-

tere Maßnahmen zum Schutz der Spärer gegen Spekulationsmanöver in Aussicht und betont die Notwendigkeit der Sparigkeit im Staatshaushalt.

Drei weitere Demissionen im Kabinett Steeg

Kurz vor Zusammentritt des Parlaments wurde bekanntgegeben, daß die Unterstaatssekretäre Can tu (Landwirtschaft), Co ty (Inneres) und Th o u m y r e (Pensionen) jurüdgetreten sind.

Als Grund sollen die ausgeschiedenen Kabinettsmitglieder angegeben haben, sie könnten nicht einer Regierung angehören, die die Unterstützung der Sozialisten haben würde. Abgeordneter Cantru steht der Maringruppe nahe. Co ty und Thaumyre sind Links-Republikaner, also Fraktionsgenossen Lardieus.

Sieben Stimmen Mehrheit für Steeg

Paris, 19. Dezember.

In der Kammer blieb bei der Abstimmung über den ersten Teil der von der Radikalen Linken eingebrachten Tagesordnung, in dem der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, die Regierung Steeg mit 291 Stimmen gegen 284 Stimmen in der Mehrheit. Die neue Regierung steht also mit ihren sieben Stimmen Mehrheit auf sehr schwachen Füßen.

Zur Lage in Spanien

Auslieferung Nello Francos verlangt?

Paris, 19. Dezember.

Auch heute läßt sich auf Grund der vorliegenden Meldungen ein klares Bild über die Lage in Spanien nicht geben. Die von der Regierung kommenden Mitteilungen stellen fest, daß überall Ruhe herrsche und daß die Nachwirkungen der letzten Ereignisse unbedeutend seien. Die in einigen Orten ausgebrochenen Streikbewegungen gingen nur von einem Teil der Arbeiterschaft aus. Von einer Reihe spanischer Führer wurde nach einer internen Besprechung der Presse mitgeteilt, daß sie hinsichtlich der politischen Lage in Spanien übereinstimmend der Ansicht seien, es sei angelegentlich der gegenwärtigen Vorkommnisse nicht mehr möglich, ohne Einberufung der Cortes die gegenwärtige schwierige politische Lage zu lösen. Von Madrid wird berichtet, daß die am Montag in Madrid verfertigte allgemeine Mobilisierung 320 000 Mann umfaßt habe. Zahlreiche Truppen seien nach den Unruhezentren in der Provinz abgefordert worden mit dem Befehl, die Ruhe um jeden Preis aufrecht zu erhalten.

Nach der gleichen Quelle soll die spanische Regierung die Auslieferung des spanischen Fliegermajors Franco beantragt haben mit der Begründung, daß er Militärflüge gegenwendet und mit diesen fremdes Gebiet, nämlich Portugal, überflogen habe.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde

Die am 18. Dezember im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft stattgefundene 10. diesjährige Bezirksausschuss-Sitzung, zu der sämtliche Mitglieder erschienen waren, wurde vom Vorsitzenden Amtshauptmann v. d. Planitz mit begründenden Worten eröffnet. Vor Eintritt in die insgesamt 38 Punkte umfassende Tagesordnung beehrte nach den Ausführungen eines Bezirksausschussmitgliedes, von dem gleichzeitig die abermalige Behandlung der Frage der Gewährung von Winterbeihilfen an die Erwerbslosen usw. in der heutigen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses beantragt wurde, eine im Sitzungssaale erschienenen Erwerbslosen-Abordnung das Wort zur Schilderung ihrer außerordentlichen Notlage. Der Vorsitzende hatte gegen eine solche Schilderung nichts einzuwenden, obwohl einem jeden Bezirksausschussmitglied die Notlage schon genügend bekannt sei, erklärte aber, daß die Verhandlung über einmalige Sonderbeihilfen in der heute sich anschließenden nicht öffentlichen Sitzung zu dem die „Finanzlage des Bezirkesverbandes“ betr. Punkt der Tagesordnung erfolgen solle. Mit 6 gegen 3 Stimmen wurde die fragliche Verhandlung in öffentlicher Sitzung abgelehnt. Mit Zustimmung des Bezirksausschusses nahmen daraufhin zwei als Führer anwesende Erwerbslose das Wort und verbreiteten sich eingehend über die in den Familien der Erwerbslosen herrschende große Not, um schließlich den Bezirksausschuss dringend um Bewilligung von Mitteln zu deren teilweisen Abstellung zu ersuchen. Nachdem hierüber Kenntnis genommen worden war, berichtete der Vorsitzende über den Stand des Arbeitsmarktes im hiesigen Bezirke. Es wurden am 15. Dezember 1930 insgesamt 2788 (1013 männliche und 855 weibliche) Arbeitslose (Hauptunterstützungsempfänger) gegenüber 2057 (1022 männliche und 435 weibliche) am 31. Oktober 1930 gezählt. Zur Erhöhung dieser Ziffer hat im wesentlichen die Einstellung der Arbeiter an Talsperrenbau Rehmühle mit beigetragen. Krisenunterstützungsempfänger waren dagegen 1450 (1099) vorhanden, während die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen sich Mitte Dezember auf 1164 (808) stellte. Eingewiesen wurde ferner auf den in Anlehnung an den bereits bestehenden Landesauschuss für den hiesigen Bezirk gebildeten „Bezirksauschuss der Sächsischen Rotblie 1930“ und auf den von ihm in den Tageszeiten des Bezirkes erstellten Anruf, schließlich auch auf die, soweit noch nicht geschehen, in den einzelnen Gemeinden noch zu bildenden Ortsausschüsse und die dort einzurichtenden Hausamtlungen und Sammelstellen. Während für Hausamtlungen bereits ministerielle Genehmigung für die Zeit bis zum 31. März 1931 besteht, würde es zu Straßenamtlungen der Genehmigung der Ortspolizeibehörde bedürfen. Die Sammlung ist nach den von dem genannten Bezirksauschuss erstellten Richtlinien von den örtlichen Vereinen gemeinsam auszuführen und zwar möglichst gemeinsam durch einen politisch rechts und links eingestellten Sammler. Die in einem Orte gesammelten Gelder kommen auch nur in diesem zur Verteilung. Ferner sollen in den einzelnen Orten Sammelstellen für Kleidung, Wäsche, Nahrungsmittel, Schuhwerk, Holz und Kohlen eingerichtet werden, wobei aber auf nur brauchbare Spenden gerechnet wird. Es darf eine recht rege Gegendreudigkeit erhofft werden.

Kenntnis nahm der Bezirksauschuss ferner unter dem Ausdruck des Dankes von der auf Veranlassung der Sächs. Werke durch die Handels- und Kohlenvertriebsgesellschaft, G. m. b. H. in Dresden-N., zur Änderung der Notlage unter den Erwerbslosen des hiesigen Bezirkes zugesagten unentgeltlichen Lieferung von 800 Zentnern Jauchender Steinkohle. Bei der von der Amtshauptmannschaft vorgeschlagenen Verteilung werden mit Zustimmung des Bezirksausschusses nur diejenigen Gemeinden berücksichtigt werden können, die eine besonders große Zahl von Wohlfahrts-Erwerbslosen haben und die in der Nähe der Eisenbahnstationen Dippoldiswalde, Lauenstein und Pöschendorf gelegen sind.

Die Vorkostenfreiwillig eingeführt haben im hiesigen Bezirk insgesamt 7 Gemeinden, während diese Einführung nach Anweisung des Ministeriums des Innern in 57 Gemeinden von der Amtshauptmannschaft angeordnet wurde. Nur für 29 Gemeinden konnte im Hinblick auf deren nicht besonders ungünstige finanzielle Lage abgesehen werden. Auf Grund einer Anmeldung der Kreis-Amtshauptmannschaft Dresden mußte auch dem Bezirksverband auf die Erhebung einer Bürgersteuer in den selbständigen Gutsbezirken der Staatsforstreviere zugekommen und eine entsprechende Sitzung erlassen werden.

Waffoverhaftungen in San Sebastian

Aus San Sebastian wird gemeldet, daß während der letzten drei Tage dort 150 Personen wegen Beteiligung an der Aufstandsbewegung festgenommen worden seien, darunter der revolutionäre Führer, General Lopez Ochoa, sämtliche Führer der Republikanischen Union und die Verleger und Redakteure der beiden republikanischen Blätter La Prensa und La Voz de Guipuscoa.

Gleichzeitig wird bekannt, daß zum wenigsten bei einem Teil der spanischen Flotte eine Meuterei ausgebrochen sei. Unter anderem habe man Truppen zusammenziehen müssen, um an Bord des Kreuzers Roney, dessen Standort geheimgehalten werde, die Revolutionäre zu unterdrücken.

„Die Schmach des 20. Jahrhunderts“

Professorenprotest gegen Breßl-Litowsk.

Warschau, 19. Dezember

44 Professoren der Krakauer Universität haben an ihren Kollegen, den Abgeordneten des Regierungsblochs, Professor Krzyzanowski, einen offenen Brief gerichtet, in dem die Zwischenfälle von Breßl-Litowsk als Schmach des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden. Breßl schände den polnischen Namen in Europa und verbreite Fäulnis im öffentlichen Leben der Nation.

Wenn auch der Kampf um das Recht schwierig sein werde, so habe Krzyzanowski trotzdem die moralische Pflicht, ihn zu führen. Er möge deshalb die Unterzeichneten verständigen, ob er die Vorfälle von Breßl-Litowsk in der Öffentlichkeit erörtern wolle.

Während die gesamte oppositionelle und unabhängige Presse die Bestrafung der Schuldigen von Breßl-Litowsk fordert, vergleicht das Regierungsblatt „Gazeta Polska“ die Opposition mit Wölfen, die den Schafspelz angelegt hätten und nun vor dem In- und Auslande um Mitgefühl für ihr zerzaustes Fell und ihre eingeschlagenen Zähne winkelten.

Massensterben von Rentkieren. Aus Stockholm wird berichtet:

Nördlich von Kiruna wurden vor einigen Wochen große Herden Rentkieren, die dort in umzäunten Belegen gehalten wurden, wegen Mangels an Futter wild und dröhen aus. Die Tiere lüchteten in die Berge, wo inzwischen so viel Schnee gefallen war, daß sie auch dort nicht genug Nahrung fanden. Jäger haben nun gemeldet, daß sie am Oberlauf des Torne-Flusses an verschiedenen Stellen massenhaft tote Rentkieren antrafen, die von großen Scharen Krähen umschwärmt waren. Sie laßen auch Käiber, die zu Tode erschöpft, nicht mehr imstande waren, sich gegen die Krähen zu verteidigen, die Stücke Fleisch aus den noch lebenden Körpern der armen Tiere rissen.

Von der Oberin des Wellenliffs ist der Bezirksauschuss zu dem am 23. Dezember nachmittags 1/4 Uhr dort stattfindenden Weihnachtsfeier eingeladen worden.

Genehmigung fanden das Ortsgefch über Reihennachtwache in der Gemeinde Hengersdorf und die Aufnahme zweier Darlehen in Höhe von rund 40 000 RM. aus Mitteln der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, A.-G. in Berlin und des S. Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums seitens der Stadt Dippoldiswalde zur Durchführung von Rodlandsarbeiten, soweit hierzu nicht schon in der letzten Sitzung die Zustimmung des Bezirksausschusses erklärt wurde. Die Stadtgemeinde Lützenberg beabsichtigt zur Deckung der Rechnungsschulden 1925/26 ein Darlehen von 50 000.— RM. bei der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden aufzunehmen. Die Amtshauptmannschaft wurde zur Genehmigung dieser Darlehensaufnahme ermächtigt, vorausgesetzt, daß der Kreditauschuß für die Sächsischen Gemeinden und Bezirkeverbände seine Bedenken zurückstellt. Bei der Kreis-Amtshauptmannschaft zur Genehmigungserteilung beauftragt werden soll der 1. Nachtrag über die Anstellungs-, Dienstvertrags- und Ruhestandsverhältnisse der Beamten des Seemannsbezirks Ostschle. Bedingungsweise genehmigt wurde die Errichtung einer Kleinviehhaltungserlehnung in Grundstücke Ortsliffen-Nr. 52 B in Pöschendorf seitens des Schankwirts und Kolonialwarenhandlers Alfred Sander daselbst. Inwieweit gegen die Genehmigung dieser Anlage im Hinblick auf die dort vorzunehmenden gewerblichen Schlachtungen — also nicht bloß Haus- schlachtungen — Einspruch erhoben wird, vermochte dieser im Mangel einer solche Beschränkung rechtfertigenden gesetzlichen Bestimmung keine Beachtung zu finden. Ferner wurde die Amtshauptmannschaft ermächtigt, den 1. Nachtrag zur Satzung des Zweckverbandes für die Sparkasse Reinhardtgrünna mit Nachbarorten der Kreis-Amtshauptmannschaft beauftragend zur Entschließung vorzulegen, nachdem er gemäß den heutigen Vorschlägen der Amtshauptmannschaft abgeändert worden sein wird. Für die aus Hengersdorf und Della bereits vorliegenden und alle künftige noch eingehenden Nachträge ähnlichen Inhalts anderer Sparkassen des Bezirkes wurde die Amtshauptmannschaft zur Genehmigungserteilung bez. beauftragenden Weitergabe ermächtigt. Genehmigung erteilt wurde auch zur Übernahme der selbstständigen Bürger- schaft seitens der Gemeinde Falkenhain für das einem schwer- erhebeschädigten Ortsangehörigen zu gewährenden zinsfreie Produktionsdarlehen unter der Voraussetzung genügender Sicherung der Gemeinde.

Es wurde weiter Kenntnis genommen von der Abweisung des Rekurses des Hirschbrenndrehers Edwin Böhme in Lauenstein-Unterwienbach gegen die Ablehnung seines Gesuchs um Erlaubnis zum Ausschank von alkoholfreien Getränken im Grundstück Ortsliffen-Nr. 5 daselbst durch die Kreis-Amtshauptmannschaft und von dem Ergebnis der Viehzählung am 1. Dezember 1930, wonach im hiesigen Bezirke insgesamt vorhanden waren: 4718 (4866) Pferde, 28 525 (28 863) Stück Rindvieh, 22 800 (19 524) Schweine, 639 (552) Schafe, 3314 (3376) Ziegen, 110 698 (108 150) Stück Feder- vieh, 2500 (2245) Bienenstöcke und 2500 (2613) Hunde. Die eingeklammerten Ziffern sind das Ergebnis der Zählung vom 1. Dezember 1929. Nachdem kürzlich im Reichstag ein Antrag auf Vereinfachung von Mitteln für die Talsperrenbauten im Ostelb- und Müglitztal Annahme gefunden hat, beabsichtigen die in Frage kommenden Gemeinden wegen jener Rodlandsarbeiten erneut bei der Reichs- und Staatsregierung vorzulegen zu werden. Vom Bezirksauschuss wird beschlossen, diese Schritte in Anerkennung der Dringlichkeit der bet. Arbeiten seitens des Bezirkes nach Kräften zu unterstützen. Die Stadtgemeinde Frauenstein hat die Einziehung der alten Rechenberger Straße (Flurst. 808), des Wäldchwegs (Flurst. 809), des Erzwegs (Flurst. 806) und des Wegs nach Burkersdorf (Flurst. 800) als öffentliche Wege beantragt. Diesem Antrag wurde in Beachtung eines von der deutschen Reichsbahn- gesellschaft erhobenen Widerspruchs, indes unter Zurückweisung der wegen des Wäldchwegs und des Erzwegs weiterhin von der Stadt Freiberg erhobenen Einsprüche inwieweit fallzugeben, als eine 4 Wege als öffentliche Fahrwege eingezogen, hingegen als öffentliche Fußwege und als Wirtschaftswege erhalten bleiben sollen. Ueber die der öffentlichen sich anschließende nichtöffentliche Sitzung wird in der nächsten Kammer berichtet werden.